

# Inflation, Krieg und Übergewinnsteuer

FDP-Bundestagsabgeordneter Alexander Müller stellt sich den Schülern der Nikolaus-August-Otto-Schule

Von Hendrik Jung

**BAD SCHWALBACH.** Andert-halb Stunden steht der in Niedernhausen lebende Bundestagsabgeordnete Alexander Müller (FDP) den Schülern der Qualifikationsstufe drei an der Nikolaus-August-Otto-Schule für eine Diskussion zur Verfügung. Der angeregte Austausch dreht sich in erster Linie um Themen, die mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine sowie den Folgen der Sanktionen zu tun haben. In seiner Einleitung erläutert Müller unter anderem, welche Maßnahmen die Bundesregierung unternimmt, um die Folgen der hohen Inflation abzumildern. „Das erste Entlastungspaket aus März/April kommt gerade erst an. So lange dauert es, bis die Gelder fließen“, verdeutlicht der Bundestagsabgeordnete. Die militärische Unterstützung der Ukraine finde seine volle Zustimmung. „Das ist durch das Völkerrecht gedeckt. Jedes Land darf sich verteidigen und man darf es dabei auch unterstützen“, erklärt Müller.

**Auch Lieferung von Panzern an die Ukraine ist Thema**

Ein Schüler möchte daraufhin wissen, was er von der Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine halte. Sowohl FDP als auch Bündnis90/Die Grünen sowie CDU seien dafür, die SPD in dieser Frage gespalten, antwortet Müller. Er lobt die Initiative Polens, dem Nachbarland einen Teil seiner Panzer zu überlassen. Zwar schwäche man so die eigene Verteidigungsfähigkeit, allerdings sei derzeit ohnehin nur mit einem Angriff aus dem Osten zu rechnen. Ein anderer Schüler zeigt sich besorgt über



**Bei dem angeregten Austausch zwischen dem FDP-Bundestagsabgeordneten Alexander Müller und den Schülern beherrschen in erster Linie Themen rund um den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine die Diskussion.**

Foto: Martin Fromme

den Schulterchluss Chinas mit Russland und eine mögliche Invasion des Reichs der Mitte in Taiwan. „Xi Jinping beobachtet genau, wie Europa auf die Situation in der Ukraine reagiert“, erläutert Müller. Es gebe kein Militärbündnis, in dem Taiwan Mitglied sei, sodass es im Falle einer Invasion keine Garantie für eine militärische Unterstützung gebe.

Wie es denn mit einer Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union (EU) und im Verteidigungsbündnis Nato aussehe, möchte ein Schüler wissen. Für eine EU-Mitglied-

schaft erfülle das Land die benötigten Anforderungen noch nicht, aber immerhin habe es jetzt den Status eines Beitrittskandidaten. Eine mögliche Mitgliedschaft in der Nato werde nach Ansicht des Bundestagsabgeordneten einmal Teil von Friedensverhandlungen zwischen Ukraine und Russland sein. Ob es überhaupt zum Krieg gekommen wäre, wenn die Ukraine bereits in der Nato gewesen wäre, möchte ein anderer Schüler wissen. „Russland hätte sich nicht getraut, die Nato anzugreifen“, ist sich Müller sicher.

Aber es dauere eine Zeit lang bis zur Aufnahme und er gehe davon aus, dass Russland gleich bei Stellung eines Antrags auf Mitgliedschaft interveniert hätte.

Ob es angesichts der Sanktionen besser sei, den Rohstoffbedarf in Ländern zu decken, in denen Menschenrechte missachtet werden, wie in Saudi-Arabien, möchte ein Schüler wissen. „Saudi-Arabien beachtet wenigstens das Völkerrecht“, räumt Müller ein, dass es sich hier um das kleinere Übel handelt. Eine weitere Frage dreht sich um

die Haltung des Bundestagsabgeordneten zur Übergewinnsteuer. „Das halte ich für unausgegoren“, betont Müller. Es fehle an einer genauen Definition, worum es sich dabei handle. Außerdem mache derzeit jeder, der Solarmodule auf seinem Dach habe, einen Übergewinn. „Wollen wir jetzt diejenigen bestrafen, die sich zur Energiewende bekennen?“, fragt Müller. Ausführlich und eloquent beantwortet er außerdem Fragen zur Corona-Impfung, einer Verlängerung des Neun-Euro-Tickets und der Rentenpolitik.